

hinübergeschickt, um das Geschütz abzuschrauben. Das Deck des niedergeschlagenen Gegners war ein Trümmerhaufen. Von der Besatzung waren nur zwei Mann unverwundet. Die Boote waren gänzlich zerstört. Trotz der durch die an Deck liegenden Wasserbomben einwandfrei erkennbaren Bestimmung dieses U-Boots-Abwehrschiffes überließ Kapitänleutnant Georg der englischen Besatzung sein Weiboot, damit die wehrlosen, zum größten Teil verwundeten Engländer Rettung finden könnten. Die Bescheinigung des englischen Kommandanten über den Empfang des Weiboots wurde von dem U-Boot mitgebracht. Mit diesem Falle der Behandlung wehrloser Gegner braucht man nur die Fälle „Baralong“, „King Stephen“, „Crompton“ und den kürzlich von der „Sauter“ Zeitung „Heuille“ berichteten Fall zu vergleichen, und man wird wissen, auf welcher Seite die größere Menschlichkeit geübt wird.

## Allgemeine Kriegsnachrichten.

### Ein neues Strafmittel für Deutschland.

Die Gegner wollen einen riesigen Gewerkschaftsbund aller Arbeiter der Welt — mit Ausnahme Deutschlands — schaffen. Man will ein internationales Bureau einrichten, dem Vertreter der Arbeiterschaft aus England, Amerika, den Kolonien sowie den Ländern der Alliierten und Neutralen angehören werden. Die Anzahl der Mitglieder dieses Verbandes würde ungefähr neun Millionen betragen. In einer vorbereitenden Versammlung, die im Unterhause abgehalten wurde, beschloss die Delegierten des englischen Gewerkschaftskongresses, die 2½ Millionen Mitglieder vertreten, so schnell wie möglich eine internationale Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus den alliierten und neutralen Ländern, den Vereinigten Staaten und den Dominions einzuberufen.

Wir können den Feinden zu diesem glänzenden Gedanken nur von Herzen Glück wünschen. Im Auslande bestanden vielfach noch Arbeitslöhne von solcher Bescheidenheit, daß unsere Industrie mit den hohen Arbeitslöhnen in Deutschland dagegen nicht aufkommen konnte. Wenn die Arbeiterschaft in der feindlichen Welt sich jetzt zusammenschließt, dann wird das sicher zur Befreiung der schlechtesten Lohnverhältnisse beitragen. Nur den uns angedrohten Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß wird das sicher von großer Erheblichkeit sein.

### Königliche Aufstreifen.

Lord Curzon teilt mit, daß der König und die Königin der Belgier in einem Flugzeug in England eingetroffen seien.

Die Flugzeugfahrt über den Kanal zeigt ja von recht erheblicher Unternehmungslust. Oder sollten die U-Boote da mitgeholfen haben?

### Mirbachs Mörder verhaftet?

Die bolschewistische Räteregierung hat den Butsch der linken Sozialrevolutionäre, auf den sie nicht vorbereitet war, rasch und vollkommen erstickt. Die Mörder des Grafen Mirbach sollen ermittelt und festgenommen worden sein.

Die bekannte Spiridonowa, die zu den Führern der linken Sozialrevolutionäre gehört, hat nach ihrer Verhaftung gestanden, daß das Attentat durch einen offiziellen Parteibeschluß herbeigeführt worden ist.

### Streikämpfe in Lissabon.

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet der „Matin“: Eine offizielle portugiesische Note besagt, daß in Lissabon Unruhen ausgebrochen sind. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern der gegenwärtigen Regierung, in deren Verlauf mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Bei einer Demonstration in Lissabon verhaftete die Polizei 243 Manifestanten.

### Englands neuer Lebensmittelminister.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Clynnes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums, ist als Nachfolger Lord Rhondas (der sich in gewissenhafter Anwendung seiner eigenen Bestimmungen am eigenen Körper gesundheitlich ruiniert hatte) zum Lebensmittelminister ernannt worden.

### Die Vorgänge beim Gesandtenmord.

In Petersburg werden jetzt genauere Nachrichten über die Ermordung des Grafen Mirbach bekannt. Die beiden Mörder hatten sich durch gefälschte Schriftstücke einen Empfang erwirkt. Die Unterredung fand in Gegenwart des Geheimrats Mezler und des Leutnants Müller statt. Die drei deutschen Herren hatten mit den Mördern an einem Marmortisch in der Mitte des Zimmers Platz genommen. Auf der einen Seite des Tisches saßen die Mitglieder der Gesandtschaft, auf der andern die Russen. Die Herren saßen alle in niedrigen tiefen Lederstühlen, was für die Überfallenen einen Nachteil, für die Mörder hingegen einen Vorteil bedeutete. Diese konnten auf diese Weise unauffällig unter der Platte des Marmortisches ihre Waffen bereit machen, während ihre Opfer in ihrer zurückgelehnten Lage ein bequemeres Ziel boten. Während der Gesandte und seine Mitarbeiter glaubten, daß die Russen in ihr Material vertieft seien, hatten diese unter dem Tisch ihre Waffen hervorgezogen, und dann spielte sich die Mordtat in wenigen Sekunden ab. Die Russen sprangen mit hoch erhobenen Revolvern auf und begannen zu feuern. Eine Gegenwehr war für die Herren, die ja zudem unbewaffnet waren, in den ersten Sekunden nicht möglich. Der Gesandte war auch gleich bei den ersten Schüssen schwer am Hinterkopf getroffen worden. Auf die Schüsse hin eilten Leute aus den Nebenzimmern herbei, und dies war für die Mörder das Signal zur Flucht. Bevor sie zum Fenster hinaus sprangen, warf jeder von ihnen eine Handgranate. Die Sprengstücke trafen den Grafen Mirbach und wirkten sofort tödlich.

### Gegnerische Meinungen.

Die italienischen Blätter sagen zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann, dies Ereignis

und die Wahl des Gesandten v. Hinge zum Nachfolger des Staatssekretärs sei ein Sieg der Alldeutschen. Eine gewisse Reaktion namentlich seitens der Sozialisten könne vorausgesetzt werden.

Mehrere französische Blätter befassen sich mit der von Scheidemann angebotenen Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag.

Im „Evenement“ stellt Barenne sich auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Scheidemanns Tugendwandlung komme zu spät.

Ähnlich schreibt „Humanitee“, man habe zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der deutschen Sozialdemokratie verwischen könnte. Man dürfe nicht mehr auf das deutsche Parlament rechnen, daß es die alldeutsche gemordene deutsche Regierung zur Vernunft bringen könnte, aber wenn Scheidemann heute zur Opposition übergehe, habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei.

„Journal des Debats“ meint, der deutschen Arbeiterschaft gingen allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend, wie die Kühlmanns. Deutschland beginne, nicht mehr an den Sieg zu glauben.

„Journal“ glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt worden.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die Selbstständigkeitsbewegung in Indien wird für England immer bedrohlicher. Ein besonders gefährlicher Teil der Engländer verlangt ein amerikanisches Eingreifen. In ganz Indien wurde der 16. Juni als Selbstständigkeitstag empfunden.

Frankreichs Getreideversorgung zeigt ein trübes Bild; man muß bereits Gerste bis zu 80—90 Prozent ins Weibrot verbaden.

Im englischen Luftschiffbau ist ein Streik ausgebrochen, an dem 22000 Arbeiter teilnehmen.

Rumaniens Staatsschuld ist im Laufe von 1,7 auf 5,3 Millionen Lei (1 Lei = 80 Pfg.) angewachsen.

In England wird zur Zeit die Internierung aller Deutschen über 18 Jahre ernsthaft erwogen.

Die Sowjets in Petersburg und Kronstadt haben die Unterstützung der Moskauer Sowjetregierung durch militärische Hilfe beschlossen. — Auch in Petersburg sind die sozialrevolutionären Führer festgenommen worden.

Seit Montag früh ist der Verkehr mit den diplomatischen Vertretern der Entente in Rußland unterbrochen.

Der Sowjet in Archangelsk ist verhaftet worden. Er hatte sich auf die Seite der Engländer gestellt. Die Verhaftung zeigt, daß die Bolschewiki trotz der Engländerandlung am Eismeer noch immer das Heft in der Hand haben.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 11. Juli 1918.

Die Verlechte des in Moskau ermordeten kaiserlichen Gesandten Grafen v. Mirbach-Harff ist über Berlin nach Harff bei Neuß im Rheinland geleitet worden, wo auf dem Stammsitz der Familie die Beisetzung stattfinden wird.

Mit der Streitiger Thronfolge, deren höchst unerquicklicher Stand allgemein als unerträglich empfunden wird, beschäftigt sich die konservative „Medl. Warte“, die allerdings im schwerinischen Teile von Mecklenburg erscheint, im Sinne baldiger Regelung. Das Blatt stellt die Möglichkeit gegenüber, die sich aus dem Eintritt des eigentlichen Thronfolgers Herzogs Karl Michael in die russische, deutschfeindliche Armee, entwidert haben:

„Es kann sich nur um drei Möglichkeiten handeln; entweder Herzog Karl Michael erkennt selbst die Unmöglichkeit seiner Thronbesteigung durch einen formellen Verzicht an, dann tritt die Erbfolge des Schweriner Großherzogs sofort in aller Form in Kraft; oder mangels des Verzichts gilt der Herzog Karl Michael als behindert, und es tritt eine Regentschaft ein; oder endlich der Herzog Karl Michael wird wegen seiner russischen Staatsangehörigkeit durch Gesetz von der Thronfolge ausgeschlossen. Für diese letztere Möglichkeit kann allerdings die Mitwirkung des Reiches in Betracht gezogen werden, wenn man es als wünschenswert ansetzt, daß für solche Fälle ein einheitliches grundsätzliches Recht für alle Bundesstaaten bestehen soll. Will man es dagegen als mecklenburgisches Landesgesetz ausführen, dann würde es sich allerdings auch nach unserer Ansicht empfehlen, dieses Gesetz erst nach Erledigung der Verfassungsreform einzubringen. Aber, wie gesagt, welche dieser drei Möglichkeiten auch eintreten sollte, unabhängig bleibt davon die feststehende Tatsache, daß schließlich immer ein einheitliches Großherzogtum unter dem Schweriner Hause das Resultat werden wird, entweder gleich oder nach dem Ausschluß bzw. Ableben des Herzogs Karl Michael.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das die Auffassung ist, die im ganzen Reiche geteilt wird. Die Streitiger werden also auf eine Dohaltung verzichten müssen. Auch ein Kirchengebet für den deutschfeindlichen Karl Michael — wie es doch ernsthaft verlangt worden ist, — daß Gott ihn in Rußland vor den Bolschewiki bewahren möge, wird daran nichts ändern.

Wegen ein Verbot des Verkehrs zwischen Abgeordneten und Feldgrauen haben jetzt Vertreter des Zentrums, der Nationalliberalen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht:

In der Sitzung am 12. Juni 1918 wurde von Seiten der Militärverwaltung ausgesprochen, daß ein „allgemeines Verbot“ des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Abgeordneten des Reichstages nicht bestehe. Trotzdem besteht die allgemeine Klage im Heere, daß völlige Unklarheit über die

sichere Gewährleistung des im Interesse des Durchhaltens absolut notwendigen lokalen Verkehrs zwischen Angehörigen der Armee und den Vertretern des ganzen deutschen Volkes in militärischen Angelegenheiten besteht und daß dieser Verkehr immer noch von vielen militärischen Stellen mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht wird. Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieses Recht von Offizieren und Mannschaften gegen die Übergriffe kurzfristiger Vorgesetzter zu sichern?

Am die reichsländische Siedelungsgesellschaft „Westmark“ ist in den letzten Tagen im Hauptausschuß des Reichstages scharf gestritten worden. Der Antrag, daß wenigstens die Hälfte der Anteile dieser unter Leitung des Grafen v. Schwerin stehenden Siedelungsgesellschaft in süddeutschem oder rheinländischem Besitze sein sollen, wurde schließlich der Regierung als Material überwiesen, nachdem gegen die Stimmen der Konservativen ein Antrag angenommen worden war, worin die Regierung aufgefordert wird, ihren Vertrag mit der Siedelungsgesellschaft — deren Aufgabe die Ansiedelung auf dem bisher französischen Besitz in den Reichslanden sein soll — aufzuheben und der esaff-sothringischen Gesellschaft anzubinden, eine eigene Siedelungsgesellschaft zu begründen.

### Oesterreich: Die Gerüchte über die Kaiserin.

Im Wiener Gemeinderat kam Bürgermeister Weiskirchner auf die Gerüchte auf das Kaiserpaar zu sprechen und erklärte: „Ich halte es für Pflicht des Wiener Gemeinderates, gegen derartige Ausstellungen nachdrücklich Stellung zu nehmen. Mit Entschiedenheit und Verachtung weisen wir die Rumutung zurück, die Wiener Bevölkerung durch solche Untriebe von ihrer Liebe und ihrer Treue zu unserem Kaiser und unserer Kaiserin, die eins sind mit ihrem Volke, abwendig zu machen.“

Diese Kundgebung wurde durch wiederholte zustimmende Äußerungen der Gemeinderäte begleitet.

### Finnland: Ohne auswärtige Hilfe keine Selbstständigkeit.

Der Bestand des neuen finnischen Staates wird durch seine eigene Regierung als gefährdet hingestellt. Man glaubt offenbar, dem Druck der Entente nicht gewachsen zu sein. Wie „Evenska Dagbladet“ aus der finnischen Hauptstadt Helsinki erfährt, erklärte Senator Sella in Wiborg, daß es für die finnische Regierung nahezu unmöglich sei, eine äußere Unterstützung zu bekommen, die Finnland brauche. Könnte die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zukunft entschieden werden, so halte die Regierung weitere Arbeit für nutzlos. — Am Montagabend besprach die Regierung mit den Landtagsgruppen in einer geheimen Konferenz die Regierungsform. Dabei teilte Regierungschef Paasikivi mit, daß die Regierung beschließen habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Kabinettsfrage zu machen. Die Republikaner betonen, die Rücktrittsdrohung sei Unvollständig und verlangen eine Volksabstimmung, vor der sich jedermann beugen werde.

## Aus aller Welt.

Fremdenkontrollen für die „Berliner“. Bayern will sich seine Lebensmittelversorgung durch den großen Geldbeutel der Berliner Kriegsgewinnler nicht schmälern lassen, und so wird jetzt mit der Anstellung von „Fremdenkontrollen“ in Bayern Ernst gemacht. Der Kommunalverband Niesbach, der mit Tegernsee und Schliersee zu den am meisten besuchten Kurorten gehört, aber wegen seiner Bergarbeiterbevölkerung (der einzige Steinkohlenbergbau in Bayern) zu den Bedarfsbezirken gehört, sucht für sofort einen energischen, unabhängigen und gut beleumundeten Mann. Die Stellung währt bis zum 1. Oktober. Auch Garmsch sucht einen solchen Fremdenkontrollen. — In Reutstadt (badischer Schwarzwald) wurden fünf Gäste aus Berlin, Darmen und Köln wegen Ausfall von Lebensmitteln bestraft und sofort ausgewiesen. Der Kommunalverband veröffentlicht auch ihren Namen und fordert auf zum Kampf gegen das Hamstern der Kurfremden. Für eine entsprechende Anzeige werden sogar 10 Mark gezahlt.

Neuer Fremdenruf. In Berlin bestand seit längere Zeit der Verdacht, daß sich Frauen am Pferdehelfen beteiligten. Durch einen eigenartigen Einfall ist jetzt einer solchen Diebin der Raub eines wertvollen Fuhrwerks gelungen. Ein Fuhrhalter G. hatte mit einem Plattenrollwagen, der mit einer braunen und einer Blauschimmel-Stute bespannt war, in der Nähe des Anhalter Bahnhofes zu tun. Dort sah ihn eine Frau, ihren großen Korb mitzunehmen. Der Fuhrherr lud den Korb auf und die Frau ging neben dem Wagen her bis zum Hause Schönebergerstr. 32. Hier sah sie, zu halten, weil der Korb zu einer Familie S. im zweiten Stock gebracht werden sollte. Der gefällige Fuhrherr erklärte, er wolle auch das noch besorgen, wenn die Frau unterdes auf sein Gepäck aufpasse. Damit hatte die Diebin gerechnet. Während G. mit dem Korb auf den Schultern die Treppe hinaufging, fuhr sie mit dem Gepan davon. Die Familie, die wirklich im zweiten Stock wohnte, wußte nichts von der Sendung, die für sie bestimmt sein sollte. Und als man nun nach Entdeckung des Fuhrwertdiebstahls den Korb öffnete, fand man ihn gefüllt mit Papier, alten Kaffecollen, Stiefeln, einem Dosenbein voll Knochen usw.

Grauenhaftes Munitionsausguss in Frankreich. Die Zeitung „Nouvelles de Lyon“ gibt über eine bereits einige Tage zurückliegende Explosionskatastrophe in Grenoble weitere Einzelheiten bekannt: Am 3. Juli morgens 3 Uhr fand die erste ungeheure Explosion statt, die im weitesten Umkreise, sogar bis Moulins, zu vernehmen war und alle Fensterscheiben in Grenoble zum Bersten brachte. In zahlreichen Wohnungen stürzten die Wände ein. Während der Explosion herrschte unbeschreibliche Panik. Die Stadt war in dicke Rauchwolken gehüllt. Kurz darauf erfolgte eine zweite Explosion, die gleichfalls schweren Schaden anrichtete. Die inwischen heruntergefallenen